

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 11 liegen mir nicht vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir **stimmen ab** über den Einzelplan 11, und zwar entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/1611. Wer für die Beschlußempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Koalitionsfraktionen. Danke schön. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Einzelplan 11 mit den Stimmen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **verabschiedet** worden.

Ich rufe auf die Position

Stellenpläne

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1600.**

Ich **eröffne die Beratung** und erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Niggeloh das Wort.

(B) **Lothar Niggeloh (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie in den vergangenen Jahren haben wir auch den Landeshaushalt 1997 im Unterausschuß "Personal" ausführlich und intensiv beraten. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz besonders herzlich bei dem Gutachterdienst bedanken, der wieder einmal hervorragende Arbeit geleistet hat und ohne den die Arbeit im Unterausschuß "Personal" nicht vorstellbar ist.

Die Beratungen im Unterausschuß "Personal" waren ebenfalls wie bisher von großem Einvernehmen geprägt. Daß die CDU zum Schluß natürlich einen Aufhänger gesucht hat, um aus den Beratungen auszusteigen, ist offensichtlich wie auch peinlich zugleich.

Lassen Sie mich einige grundsätzliche Bemerkungen zum Personalhaushalt des Landes machen. - Wir alle wissen, daß wir vor schwierigen Zeiten stehen. Insbesondere die in den nächsten Jahren stark ansteigenden Pensionslasten stellen eine große Herausforderung für die Landespolitik dar. Wir werden uns in den nächsten Wochen intensiv mit dem Versorgungsbericht des Bundesinnenministers beschäftigen, der nun ja doch noch gekommen ist. Und wir werden Konsequenzen ziehen müssen. Gemeinsam mit dem Bund und den

anderen Ländern werden wir Lösungen finden, damit die Haushalte der Länder nicht kapitulieren müssen. (C)

Die finanziellen Eckwerte zum Personalhaushalt sind bekannt. Die Koalitionsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten sich streng an die Generallinie, d. h.: Die Personalausgaben dürfen 50 % der Steuereinnahmen nicht überschreiten, und sie dürfen nicht mehr als 40 % der Gesamtausgaben betragen. Dies sind ehrgeizige Ziele, insbesondere vor dem Hintergrund der ansteigenden Pensionslasten.

Da ist es nötig, die im Rahmen der Organisationsuntersuchungen ausgebrachten kw-Vermerke zügig abzubauen. Ich appelliere daher an die gesamte Landesregierung, den Abbau der kw-Vermerke zügig voranzutreiben. Auch die CDU fordert immer wieder, Personal abzubauen, die kw-Vermerke zügig umzusetzen. Daher verwundert es denn doch, daß sie gerade die Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen bei den Finanzämtern zum Anlaß nimmt, im Unterausschuß "Personal" gegen die weitere Ausbringung von kw-Vermerken zu stimmen.

Ich komme nun zu einigen Schwerpunkten der diesjährigen Beratungen. - Die Landesregierung hat uns ein Überleitungsgesetz vorgeschlagen, das Übergänge vom mittleren in den gehobenen Dienst beim Justizvollzug vorsieht. Wir haben dies im Unterausschuß "Personal" beraten und noch einiges korrigiert. (D)

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß sich die SPD-Fraktion in den kommenden Monaten ganz intensiv um die Probleme des einfachen Dienstes in der Landesverwaltung kümmern wird. Hier gibt es Probleme und Nöte, die dringend einer Lösung bedürfen. Hierzu werden wir im Unterausschuß "Personal" Vorschläge machen.

Schwerpunkt der dritten Ergänzung zum Entwurf des Landeshaushaltes 1997 war die Umsetzung der Organisationsgutachten in der Finanzverwaltung. Das Ergebnis ist: Die Betriebsprüfung wird gestärkt, die Finanzverwaltung effizienter gestaltet, und das nicht allein durch die Ausbringung von kw-Vermerken, sondern durch eine Vielzahl von Investitionen in die elektronische Datenverarbeitung. Zwar liegt der endgültige Schlußbericht der Unternehmensberatung noch nicht vor; das Zahlengerüst ist aber bekannt, und wir haben auch schon in der Vergangenheit solche Umset-

(Niggeloh [SPD])

- (A) zungen beschlossen, die wir dann weiterhin intensiv begleitet haben.

Lassen Sie mich auf einen weiteren Schwerpunkt der diesjährigen Personalberatungen eingehen: die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer. Dies wird zwar auch im Einzelplan 05 noch eine Rolle spielen, hat aber auch bei den Beratungen im Unterausschuß "Personal" zur ersten Ergänzung des Haushaltsentwurfs eine große Rolle gespielt. Ich möchte nicht verhehlen, daß wir ein wenig stolz darauf sind, daß es gelungen ist, ein solches Arbeitszeitmodell zwischen allen Beteiligten auszuhandeln. Klar und logisch ist es auch, daß nicht alle Beteiligten zufrieden sind. Aus Sicht des Personalhaushaltes bin ich jedoch sehr zufrieden: Wir werden bis zum Jahre 2000 den Unterrichtsbedarf ohne zusätzliches Personal befriedigen können. Es ist gelungen, ein differenziertes Modell zu erarbeiten, das sowohl die unterschiedlichen Belastungen der verschiedenen Schulformen als auch individuelle Arbeitszeitgestaltungsmöglichkeiten im Rahmen des Ansparmodells gewährleistet.

Meine Damen und Herren, der Ausbildungskonsens NRW ist erfolgreich angelaufen. Es konnte einer Vielzahl von Jugendlichen, die sich bisher erfolglos beworben hatten, ein Ausbildungsplatz vermittelt werden. An diesen Bemühungen hat sich auch die Landesregierung beteiligt. Leider ist es noch nicht gelungen, alle Ausbildungsplätze in der Landesverwaltung zu besetzen.

(B)

Das mag auch daran liegen, daß manche Angebote nicht attraktiv genug sind und wenig Hoffnung auf einen späteren Arbeitsplatz versprechen. Ich möchte an dieser Stelle die Landesregierung dringend bitten, alle Anstrengungen zu unternehmen, die Ausbildungsplätze zu besetzen und durch Kooperation mit den Kammern und der Privatwirtschaft diese Plätze attraktiver zu machen. Nur so können wir mithelfen, die schwierige Situation auf dem Lehrstellenmarkt zu lösen.

Abschließend möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Unterausschuß Personal für die guten Beratungen bedanken. Dies gilt natürlich auch für die CDU, die jedoch aufgrund der hier heute schon genannten taktischen Verwirrungen am Ende im Abseits gelandet ist. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Herzlichen Dank, Kollege Niggeloh. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich das Wort dem Abgeordneten Dr. Bajohr.

(C)

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was die Stellenpläne betrifft - das hat der Kollege Niggeloh schon gesagt -, so ist dieser Haushalt solide. Die Stellenpläne tragen den finanziellen Belastungen und Risiken, denen das Land ausgesetzt ist, Rechnung: erstens dadurch, daß wir dem Ziel näher kommen, bis zum Ende der Wahlperiode 22 000 kw-Vermerke auszubringen und zu realisieren, zweitens dadurch, daß wir den Anteil der Personalkosten an den Steuereinnahmen gegenüber dem diesjährigen Haushalt verringern. Mit 50,6 % erreichen wir fast schon die im Koalitionsvertrag für eine mittlere Frist vereinbarte Zielmarke von 50 %. Der Haushaltsentwurf trägt drittens in bezug auf die Stellenpläne der Situation des Landeshaushalts Rechnung, indem er die angestrebte 40-%-Marke für den Anteil der Personalausgaben am Gesamtvolumen mit jetzt schon 39,1 % sehr deutlich unterschreitet.

Trotzdem geht es bei den Stellenplänen nicht allein um Kürzungen oder Personaleinsparungen, sondern um Effizienz und qualitative Gesichtspunkte. Innerhalb des Rahmens, der wesentlich vom Haushaltsrecht, von Tarifen, Besoldungsordnungen, Versorgungsansprüchen und der Einnahmesituation vorgegeben ist, setzen die rot-grünen Stellenpläne durchaus richtige und wichtige Schwerpunkte.

(D)

Ein erstes Beispiel: Schule! Bis kurz nach der Jahrhundertwende steigen die Schüler/-innenzahlen dramatisch an. Dadurch entsteht ein zusätzlicher Bedarf im Umfang von gut 10 000 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer. Wegen der ernststen Situation des Landeshaushalts können wir diesen Bedarf nicht durch Neueinstellungen abdecken. Statt dessen greifen wir zu vertretbaren Notmaßnahmen. Dazu gehört unter anderem eine differenzierte Erhöhung der Pflichtstundenzahl, von der allerdings die Grund- und Hauptschulen, Sonderschulen und berufsbildenden Schulen ausgenommen sind. Der Ertrag dieser Maßnahme soll sich bereits im kommenden Jahr auf gut 2 000 Stellen belaufen. Für die Dauer von maximal sechs Jahren werden die wöchentlichen Pflicht-

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) stunden der Lehrkräfte im Alter von 30 bis 49 Jahren an allen Schulformen um eine Wochenstunde angehoben. Das soll mittelfristig gut 3 000 Stellen ergeben. Davon werden im kommenden Jahr 1 103 Stellen erwirtschaftet.

Lehrkräfte, die an dieser Aktion "Vorgriffsstunden" nicht teilnehmen können oder wollen, können durch entsprechenden Einkommensverzicht einen Solidarbeitrag zur Einstellung junger Kolleginnen und Kollegen leisten.

313 weitere Stellen werden im Schulbereich durch die Streichung der zweiprozentigen Stellenreserve in der Hauptschule erzielt. In den weiteren Jahren werden wir mehr als 2 000 Stellen durch den eigenverantwortlichen Unterricht von Lehr- amtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtlern erwirtschaften.

Ferner wird die Stundentafel in Klasse 5 reduziert. Das Konzept "Geld statt Stellen" wird fortgesetzt. Außerdem ist daran gedacht, etwa ab 1999 möglicherweise bis zu 600 Vorgriffseinstellungen vorzunehmen.

Was die aktuellen Stellenpläne im Einzelplan 05 angeht, bleibt es dabei, daß alle durch Berufsaustritte von Lehrkräften frei werdenden Stellen wieder besetzt werden. Damit unterscheiden wir uns hier in Nordrhein-Westfalen positiv von einer ganzen Reihe anderer Bundesländer.

- (B)

Lassen Sie mich einen zweiten Schwerpunkt nennen, bei dem es auch um die bereits vom Kollegen Niggeloh angesprochene Verstärkung von Betriebsprüfung und Steuerfahndung geht. Dieses Thema haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit Jahren bei vielen Gelegenheiten und vor den verschiedensten Gremien vorgetragen. Jahrelang wurden wir abgeblockt. Jahrelang wurde behauptet, derartige Verstärkungen seien wegen einer angeblichen Spitzenstellung Nordrhein-Westfalens unnötig. Sie brächten kaum Mehreinnahmen und sie verstärkten die Neigung zur Abwanderung in nicht so intensiv prüfende Nachbarländer.

Sowohl in unserem Landtagswahlprogramm als auch im Koalitionsvertrag haben wir darauf gepocht, daß die Außenprüfung ausgeweitet und intensiviert werden muß. Zuletzt hat das von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 6. September im Landtag veranstaltete Hearing zum Thema "Bekämpfung der Steuerhinterziehung" die Notwendigkeit des Handelns noch einmal deutlich gemacht.

(C) Deshalb hatten wir in den Haushaltsverhandlungen mit unserem Koalitionspartner unter dem Punkt "Einnahmeverbesserungen" auch vorgeschlagen, aus dem Bestand 400 Stellen umzuschichten und in die Außenprüfung zu verlagern. ÖTV und Deutsche Steuergewerkschaft haben uns in vielen Gesprächen in dieser Forderung bestärkt und unsere Berechnungen hinsichtlich möglicher Steuermehreinnahmen ausdrücklich bestätigt. Im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte ich deshalb den Gewerkschaften für ihre Beratung und Unterstützung unserer Politik ganz herzlich danken.

Ausdrücklich begrüßen wir, daß der Finanzminister aufgrund unserer Anregungen in der dritten Ergänzung zum Haushaltsentwurf unter anderem vorsieht, die Betriebsprüfung durch den Fortfall von 220 kw-Vermerken zu verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weiter sieht die dritte Ergänzungsvorlage, die wir nachdrücklich unterstützen, vor, die Steuerfahndung um 100 sowie die Straf- und Bußgeldsachenstellen um 30 Stellen zu verstärken. Das ist ein Erfolg unserer Politik des stetigen Bohrens, wie wir ihn uns an anderer Stelle ebenfalls wünschen würden.

(D)

Meine Damen und Herren, besonders erfreulich ist auch, daß der Haushaltsentwurf der Landesregierung von Anfang an vorsah, Justizvollzugsbeamte des mittleren Dienstes in den gehobenen Dienst zu überführen, wenn sie bestimmte Funktionen ausüben. Das betrifft jetzt insgesamt 28 Hebungen. Ich bin davon überzeugt, daß wir damit nicht nur soziale Gerechtigkeit üben, sondern auch die Motivation der Bediensteten stärken, die in den Justizvollzugsanstalten ja nun wirklich keine leichte Arbeit leisten.

Was BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich gewünscht hätten, was aber gegen den Widerspruch der SPD leider nicht durchsetzbar war, ist die Vermehrung der Zahl von Lehrkräften für die integrative Beschulung behinderter Kinder. Sie erinnern sich, daß wir für den Haushalt 1996 die Schaffung von 43 Stellen für integrativ unterrichtende Sonder- schullehrerinnen und -lehrer an Grundschulen und 7 Stellen an Schulen der Sekundarstufe I durchsetzen konnten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten seinerzeit angekündigt, daß dieser Durchbruch nur den Anfang unserer Bemühungen darstelle. Wir bleiben dabei.

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) daß behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam zur Schule gehen, gemeinsam spielen und gemeinsam lernen sollen. Dafür brauchen wir entsprechend ausgestattete Schulen, dafür brauchen wir eine angemessene Zahl einschlägig ausgebildeter Lehrkräfte.

Niemand von uns wollte auf diesem Weg die Übereinkunft zwischen den Koalitionsfraktionen unterlaufen, die vorsah, keine Ausweitung der Stellenpläne zuzulassen. Deshalb haben wir ange-regt, das Mehr von 35 Stellen, das wir für den Ausbau der integrativen Beschulung behinderter Kinder dringend bräuchten, durch die Ausbrin-gung einer entsprechenden Zahl von kw-Vermer-ken beim Verfassungsschutz zu decken.

(Reinhold Trinius [SPD]: Ein untauglicher Versuch!)

Aber an diesem Reformprogramm "Lehrkräfte statt Schlapphüte" wollten sich unsere sozialde-mokratischen Freundinnen und Freunde leider nicht beteiligen. Das ist bedauerlich - bedauerlich für die vielen behinderten Kinder im Land und für deren Eltern, die zu Recht auf unsere Hilfe hoffen.

- (B) Nicht akzeptiert wurden ferner bündnisgrüne Sparvorschläge, die sich zum Teil ebenfalls auf den Personalhaushalt ausgewirkt hätten. Erwähnt sei hier die Abschmelzung der Ministerialzulage, die Verlängerung der Stellenbesetzungssperre, die Absenkung der Besoldung von Behördenleiterin-nen und -leitern. Wir hätten damit in etwa 70 Millionen Mark erwirtschaften können. Leider hat auch hier bei unserem Koalitionspartner der Mumm zum Sparen gefehlt. Wir hoffen zu-versichtlich, daß dies anders werden wird, Kolle-ge Trinius.

Wir stimmen den Stellenplänen zu und interpretie-ren das Schweigen der CDU ebenfalls als Zustim-mung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Dr. Bajohr. - Zu Nummer 8 unserer Beratun-gen - Stellenpläne - gibt es keine weiteren Wort-meldungen. Ich schließe deshalb diesen Bereich ab.

Eine Abstimmung ist nicht notwendig, denn die Abstimmung über die Stellenpläne ist ja, wie Sie

wissen, in die Abstimmung über die Einzelpläne (C) und das Haushaltsgesetz 1997 eingebunden.

Ich rufe **Nummer 9** auf:

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staats-kanzlei

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung Druck-sache 12/1602** und **eröffne die Beratung**. Das Wort hat der Abgeordnete Grätz für die Fraktion der SPD.

Reinhard Grätz (SPD): Herr Präsident! Meine Da-men und Herren! Einzelplan 02 - das sind etwa 120 Millionen DM, ein gutes Promille unseres Haushaltes. Daran wird schon deutlich: Es sind nicht die finanziellen Dimensionen des Einzelplans 02, die ihm Gewicht geben, sondern er ist eben von politischem Interesse. Wir haben das heute morgen schon gehört.

An diesen 120 Millionen ist die Staatskanzlei mit weniger als der Hälfte beteiligt. Wenn man auf die Positionen herunterrechnet, die gelegentlich im (D) Hauptausschuß ein wenig angegriffen wer-den - diesmal war das ja wegen der Diskussions-enthaltung der Opposition kaum der Fall -, stellt man zum Beispiel, Herr Ministerpräsident, fest, daß das Landespresseamt in seinen Mitteln um etwa ein Promille aufgestockt wird - um 5 000 Mark, man höre und staune.

Ich will damit zum Ausdruck bringen: Ministerprä-sident, Staatskanzlei, Landespresseamt sind alles Einrichtungen, deren Haushaltsvolumen seit Jah-ren überrollt wird, im Unterschied übrigens - auch das wird ja auf Anforderung seit Jahren vorge-legt - zu einigen Staatskanzleien in CDU-regierten Bundesländern, die mit Mitteln in diesen Abtei-lungen viel üppiger zu Werke gehen.

Wenn man weiter geht, könnte man auch den Vergleich herstellen - weil die gut drei Millio-nen DM, die für das Landespresseamt Jahr für Jahr im Haushalt stehen, ja ein gern diskutierter Posten sind -: Das Bundespresseamt wendet jähr-lich etwa das Hundertfache von dem Betrag auf, der in diesem großen Bundesland Nordrhein-West-falen aufgewandt wird. Da könnte einem in der Tat etwas schwindelig werden, wenn man sich die Beträge auf Bundesebene ansieht.